

Täter hinter den Tätern

Religion Kirchen und Bundesregierung wollen schärfer gegen sexuellen Missbrauch vorgehen. Doch immer wieder klagen Opfer, dass Bischöfe sich mehr um den Ruf der Kirche sorgen als um sie.

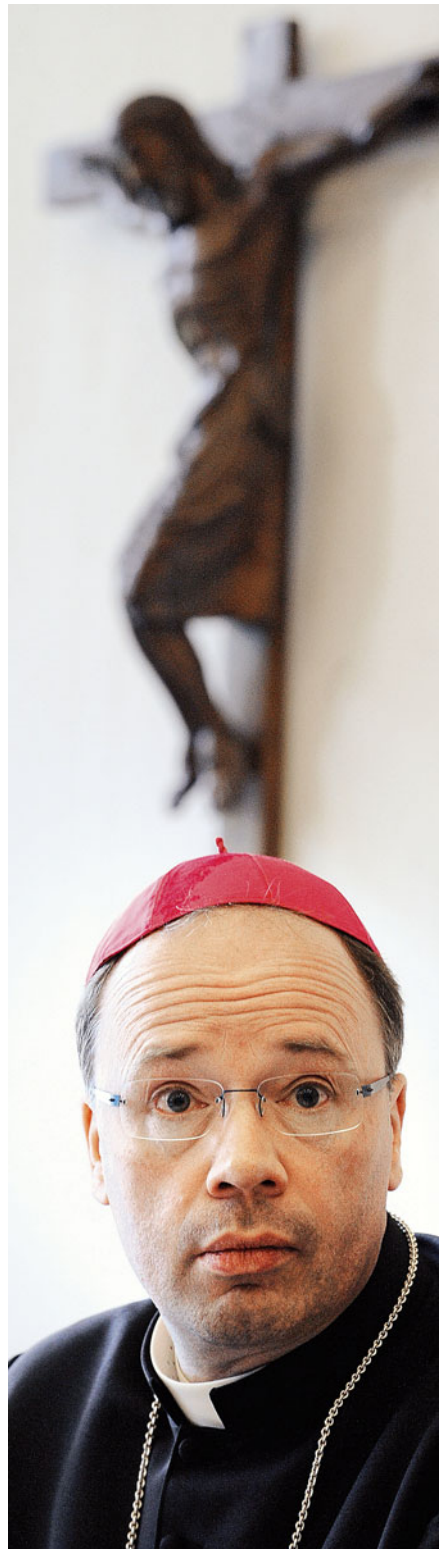
Einige Zuhörer im Saal 167 des Krefelder Landgerichts halten sich die Ohren zu, als die Staatsanwältin ihre Vorwürfe gegen einen katholischen Pfarrer verliest.

Georg K., der seit Anfang Januar auf der Anklagebank sitzt, soll die beiden Söhne eines evangelischen Kollegen missbraucht haben; eines der Kinder war sein Patensohn. Es habe begonnen, als der Junge elf Jahre alt war. Im Auto, in der Sauna des Pfarrhauses, unter der Dusche, im Urlaub auf einer Luftmatratze: 23-mal habe K. sich an dem Kind über Jahre vergangen, auch Alkohol und Marihuana seien im Spiel gewesen. Schamhaare des Jungen soll der Gottesmann, der sich nach Bekanntwerden der Anschuldigungen selbst angezeigt hat, in einer Dose verwahrt haben. Wie eine Reliquie.

Vor fast genau fünf Jahren erschütterten zahlreiche Missbrauchsskandale die Republik. Zuerst meldete das Canisius-Kolleg, ein katholisches Gymnasium in Berlin, gravierende sexuelle Übergriffe durch zwei Geistliche. Es folgten Vorfälle an weiteren katholischen Schulen, deutschlandweit wurden Taten in Pfarrgemeinden publik, vieles war über Jahrzehnte verschwiegen und verdrängt worden. Auch die evangelische Kirche war betroffen, dazu weltliche Einrichtungen wie die reformpädagogische Odenwaldschule, Sportvereine und das Deutsche Rote Kreuz.

Kommenden Montag zieht der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, eine Bilanz. Er will erklären, welche Konsequenzen der Staat und die lange an einem „Runden Tisch sexueller Kindesmissbrauch“ versammelten Institutionen gezogen haben, wie Regeln verschärft, die Präventionsansätze verbessert wurden.

Überdies werden in den kommenden Wochen zahlreiche katholische Bistümer ihre Aufklärungs- und Präventionsarbeit präsentieren. Tatsächlich haben die Institutionen beachtliche Anstrengungen unternommen. Der Papst sowie Bischöfe beider Konfessionen haben sich entschuldigt, Missbrauchsbeauftragte wurden berufen, Präventionsrichtlinien verabschiedet. Von Übergriffen traumatisierte Menschen haben mitunter zum ersten Mal Anerkennung, Entschädigung und Hilfe seitens der Gottesleute erfahren. Seine Kirche habe einen „intensiven Lern- und Entwicklungsprozess“ durchgemacht, sagt der katholische Missbrauchsbeauftragte Bischof Ste-



Missbrauchsbeauftragter Ackermann
„Kultur der Achtsamkeit“

phan Ackermann aus Trier. Man sei dabei, eine „Kultur der Achtsamkeit“ zu etablieren. Evangelische Bischöfe sprechen selbstkritisch von einer „Vergebungsbedürftigkeit“ ihrer Institution.

Große Worte. Aber sind sie auch wahr? Hat die Kirche gelernt? Ist den Opfern Recht geschehen? Zweifel sind angebracht. Und auch die Politik muss sich unangenehme Fragen stellen lassen. 100 Millionen Euro versprach sie den Betroffenen. Doch bislang wurden nur den Opfern familiären Missbrauchs rund 59 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Nicht in bar, sondern für Sachleistungen wie Psychotherapien. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern und Bayern weigern sich die Länder einzuzahlen. Kirchenopfer gehen ohnehin leer aus; sie müssen auf einen anderen Topf warten, der jetzt erst eingerichtet wird.

Die Kirchen selbst setzen auf Einzelgespräche. Ihre Entschädigungszahlungen werden, auch wenn sie fünfstellig sind, von etlichen Betroffenen als nicht angemessen empfunden. Viele von ihnen sind entsetzt über die angebliche Achtsamkeitskultur der Bistümer. Wer bei den kirchlichen Telefonhotlines anrief oder sich bei den neuen Missbrauchsbeauftragten meldete, erlebte allzu oft, dass sein Anliegen nach ein, zwei Gesprächen im Sande verlief.

Bis heute gibt es keine abgeschlossene Untersuchung der Missbrauchsfälle – zum Beispiel durch ehemalige Richter und Staatsanwälte in staatlichen Kommissionen, wie es etwa in Irland geschah. Erst kommende Woche wird sich der Bundestag mit dieser Frage befassen.

Der ursprünglich von der Deutschen Bischofskonferenz berufene Kriminologe Christian Pfeiffer verlor seinen Forschungsauftrag, er befürchtete kirchliche Einmischung, Zensur und Beschönigung. Nun sollen Wissenschaftler vom Mannheimer Zentralinstitut für Seelische Gesundheit mit Kollegen aus Heidelberg und Gießen den sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche aufklären. Mindestens 150 Opfer und 70 Täter wollen die Forscher befragen – mit Ergebnissen wird allerdings nicht vor 2017 gerechnet.

Ein Problem jedoch steht dabei nicht im Mittelpunkt: Es geht um die Täter hinter den Tätern, um Bischöfe, Personalchefs und Generalvikare, die auffällige Pfarrer stillschweigend von Gemeinde zu Gemeinde versetzten. So schützten sie die Kinder-schänder – und gefährdeten Jugendliche in den neuen Einsatzgebieten der Pfarrer.

Im Fall des in Krefeld vor Gericht stehenden Pfarrers Georg K. kritisieren die Betroffenen, dass die Verantwortlichen des Bistums Aachen mehreren Warnhinweisen aus seiner Gemeinde nicht nachgegangen seien. Selbst als er nach einer Versetzung in eine deutsche Auslandsgemeinde erneut auffiel, die Polizei ermittelte und es zu einem Gerichtsverfahren kam, nahm sich die Kirche nicht der dortigen Betroffenen an, wie es in ihren Leitlinien versprochen wird. In einem Brief teilte man den Eltern der von Georg K. betreuten Kinder mit, man könne diesen erst helfen, wenn tatsächlich feststehe, dass sie Opfer sind.

Schon vor fünf Jahren berichtete der SPIEGEL (16/2010) erstmals über den Krefelder Fall, trotzdem ist die Kirche nicht auf alle mutmaßlichen Opfer zugegangen; ebenso wenig sorgte sie mit Eigeninitiative für Aufklärung in der Gemeinde. Dem beschuldigten Pfarrer dagegen stellte sich ein kirchlicher Mentor an die Seite, die Bischofskonferenz übernahm auch bis zu seiner Suspendierung seine Anwaltskosten.

Zum Strafverfahren gegen ihn kam es, weil eine nichtkirchliche Kinderschutzinitiative 2009 zu recherchieren begann. Deren Leiter Johannes Heibel machte das, was eigentlich vom Bistum zu erwarten gewesen wäre: Er sprach mit allen Beteiligten, besuchte die Opfer, schließlich stellte er in deren Auftrag eine Strafanzeige.

Georg K. sitzt deswegen seit verganginem Juli in Untersuchungshaft. Aber bis heute „wurden die Versprechen der Leitlinien für diesen Fall von der Kirche nicht angewandt“, kritisiert Heibel: „Die Bischofskonferenz hat den Fall ausgeblendet.“ Hätte die Kirche anders gehandelt und den Pfarrer zu Prozessbeginn zu einem umfassenden Geständnis bewegt, so Heibel, „hätte man den Opfern zumindest die bedrückenden Zeugenaussagen vor Gericht ersparen können“. Der Bistumssprecher sagt dazu: „Man kann nicht sagen, wir haben etwas versäumt.“

„Der Kernfehler ist, dass die Kirche ihren eigenen Missbrauchsskandal behandelt.“

Auch die evangelische Kirche hat ihre Missbrauchsaffäre noch nicht ausgestanden, wie ein Fall bei Hamburg zeigt. Die Muster sind ähnlich: In Ahrensburg verging sich Pastor Dieter K. jahrelang an seinen Stiefsöhnen und an weiteren Jugendlichen aus der Gemeinde. Gelegenheiten hatte er viele, er betreute Jugendgruppen, reiste mit ihnen. Er trank mit ihnen Wein, nutzte die Situation aus.

Ein Pastor, eine Pröbstin, selbst die Bischöfin Maria Jepsen soll von den Vorwürfen gewusst haben (SPIEGEL 28/2010). Nachdem erste Gerüchte laut geworden waren, hatte die Kirche den Geistlichen nicht, wie behauptet, auf einen Schreib-

tischjob, sondern als Seelsorger in ein Jugendgefängnis versetzt. Nach der SPIEGEL-Geschichte trat die Bischöfin zurück.

Eine Kommission wurde eingesetzt, vor drei Monaten veröffentlichte sie ihren Bericht, 500 Seiten dick ist er, seine Botschaft eindeutig: Die Nordkirche hat eklatant versagt, sowohl zur Zeit der Übergriffe als auch danach, als die Vorwürfe öffentlich wurden. Die Experten schreiben über „persönliche Verstrickungen“ des Kirchenpersonals, Verantwortungslosigkeit, Vernachlässigung der Betroffenen, gar „seelsorgerisches Versagen“. Ein eigens eingerichteter Krisenstab „verfügte über keinerlei Fachkompetenz“, heißt es. Er sei vor allem bemüht gewesen, „den öffentlichen Ruf der Kirche zu schützen“.

Scharfe Kritik. Dabei sei „der Bericht gegenüber der Wirklichkeit sogar geschönt“, sagt Ursula Enders, eine der Autorinnen. Sonst hätte sie den Bruch mit der Nordkirche riskiert, ähnlich wie ihr Kollege Pfeiffer bei den Katholiken.

Lange habe die Nordkirche diskutiert, ob der Bericht überhaupt veröffentlicht werden könne oder Passagen geschwärzt werden müssten. Missbrauchsfälle hätten bis zur Unkenntlichkeit verfremdet werden müssen, um Persönlichkeitsrechte der Beschuldigten zu wahren. Und bei der gemeinsam einberufenen Pressekonferenz überraschte die neue Bischöfin die Experten mit einem Zehn-Punkte-Plan, der nicht abgesprochen war, anschließend aber die Schlagzeilen dominierte. „Man muss rückblickend leider feststellen, dass der Nordkirche die Pressearbeit wichtiger war als die Opferhilfe“, sagt Enders. Die zuständige Pröbstin weist diesen Vorwurf als „haltlos“ zurück. Sie räumt aber ein, dass „der damalige Krisenstab in Zusammensetzung und Arbeitsweise unzureichend war“.

Anselm Kohn, 44, ist ebenfalls enttäuscht. Er ist einer der Stiefsöhne, die von Dieter K. missbraucht wurden. Vor fünf Jahren brachten er und seine Brüder

den Fall in die Öffentlichkeit. Der evangelische Geistliche hatte 1985 ihre Mutter geheiratet, vier Jahre dauerte es, bis sie ihn wieder verließ. Vier Jahre, in denen die Brüder zu Hause Nächte der Angst und der Scham erlebten.

2010 begann die Aufarbeitung, bald danach ging es auch um die Frage, wie die Kirche den Opfern hilft. Doch wie Kohn es sieht, waren die Erfahrungen dabei kaum weniger schlimm als die mit seinem Stiefvater und die anschließenden Jahrzehnte der Vertuschung. „Der Kernfehler ist, dass die Kirche ihren eigenen Missbrauchsskandal behandelt“, sagt er, „richtig wäre eine Entschädigungskommission



Priester Georg K.
Bedrückende Zeugenaussagen

gewesen, die nicht von der Kirche dominiert wird.“

Die Nordkirche hat sich inzwischen mit mehr als einem Dutzend der Opfer geeinigt und nach eigenen Angaben über 300 000 Euro gezahlt. Anselm Kohn gehört nicht dazu, er kritisiert das Vorgehen der Kirche und vor allem das der neuen Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs. Zwar habe sie sich stundenlang mit Opfern unterhalten – eine der missbrauchten Frauen lobt sie denn auch als „einfühlsam, lernbereit“.

Doch aus Sicht von Kohn und seinem Bruder Stephan steckte dahinter weniger Nächstenliebe als Kalkül. Es sei darum gegangen, die Opfer mit Duzfreundschaften und Umarmungen einzulullen, damit sie sich billig abfinden ließen. Wer sich dagegen widersetze, zum Beispiel höhere Summen fordere, werde ausgegrenzt. Die Nordkirche weist diese Vorwürfe zurück. Die für die Opferhilfe zuständige Kommission, geführt von der Bischöfin, habe „die Balance zwischen persönlicher Zugewandtheit und professioneller Distanz gewahrt“.

Stephan Kohn sieht sich dagegen bis heute „gezielt abwertend, unwürdig und ungerecht behandelt“. Er habe „nichts als Ohnmacht erlebt“, auch in den vergangenen vier Jahren, in denen die Kirche Opfer bedrängt und Zwietracht unter ihnen gesät habe. „In dem, wie sich die Repräsentanten der Nordkirche verhalten haben“, sagt Kohn, „kann ich nichts von dem wiedererkennen, was nach meinem Verständnis den Kern der christlichen Religion ausmacht.“

Jürgen Dahlkamp
Ann-Katrin Müller, Peter Wensierski